



PRESSEMITTEILUNG

Schwerin, 7. Februar 2020

Bürgerberatung stärkt Gesellschaft

1.355 Menschen 2019 in Beratung bei der Landesbeauftragten

1.355 Bürgerinnen und Bürger nutzten 2019 das Beratungsangebot bei der Landesbeauftragten für MV für die Aufarbeitung der SED-Diktatur – 200 Menschen mehr als im Vorjahr. Die Beratung richtet sich an Menschen, die in der DDR oder der Sowjetischen Besatzungszone Verfolgung, Leid und Unrecht erfahren mussten und genauso auch an diejenigen Menschen, die ihr eigenes oder das Schicksal von Angehörigen aufklären möchten.

„Wir erleben auch 30 Jahre nach der Wiedervereinigung Deutschlands, dass immer noch in einem großen Teil der Gesellschaft erheblicher Bedarf an individueller Aufarbeitung besteht. Wir benötigen auf der anderen Seite eine gesprächsbereite Gesellschaft, die sich offen mit diesem Bedürfnis auseinandersetzt“, sagte die Landesbeauftragte Anne Drescher. „Das ist ein aktiver Prozess für beide Seiten. Betroffene werden ermutigt, nicht zu resignieren und sich zurückzuziehen, sondern sich wieder für ein gelingendes Miteinander in die Gesellschaft einzubringen.“

265 DDR-Sportgeschädigte nutzten vor Fristende des Dopingopfer-Hilfegesetzes die professionelle Beratung bei der Landesbeauftragten. 560 Betroffene meldeten sich 2019 neu in der Anlauf- und Beratungsstelle für die Stiftung „Anerkennung und Hilfe“. 358 Menschen suchten 2019 weiterhin auch nach Ende der Leistungen des Fonds Heimerziehung die Beratung für ehemalige DDR-Heimkinder – insbesondere zur Klärung des eigenen Schicksals.

Viele der insgesamt mehr als 100 Veranstaltungen der Landesbeauftragten befassten sich mit dem Schwerpunkt 30 Jahre Friedliche Revolution und waren besonders geeignet, der jungen Generation Mechanismen der Diktatur und den Wert der 1989 errungenen Demokratie und Freiheit nahezubringen. Die Behörde war an der Umsetzung des Konzepts „Gedächtnisort Friedliche Revolution 1989 in Mecklenburg-Vorpommern“ des Landtags und der zentralen Feier des Landes in Waren (Müritz) beteiligt.

Mit Inkrafttreten des Aufarbeitungsbeauftragtengesetzes zum 28. Februar 2019 wurde der Auftrag der Landesbeauftragten den heutigen Anforderungen gemäß neu ausgerichtet. Der neue Titel bildet das immer umfangreichere Spektrum der Aufgaben der Behörde ab und ordnet die Rolle der Stasi als ein wichtiges Instrument der Diktatur in den historischen Kontext ein.